

Sozialdemokratischer pressediens

F/XXVII/73

7. Januar 1972

Der Partner des SPD

Stuttgart zeigte selbstbewusste Invidien der
Seite 1 und 2 / 40 Zeilen

Die Union züchtete sich selbst

Die vorläufigen Ergebnisse zum Fall
Eisenknecht - GPO/SPD

Von Fritz Jäger

Seite 2 / 73 Zeilen

Wir müssen uns von Wessels klammern

Die auschutzrechtlichen Zwänge der russischen
Katholiken

Seite 1 / 40 Zeilen

Kampfbroschüre Sportinitiative 1972

Internationales Olympisches Komitee in
Sagzwang

Von Dr. Adolf Müller-Emanuel HdB

Mitglied des Ausschusses für Sport und
Olympische Spiele

Seite 3 / 40 Zeilen

Der Partner der SPD

Stuttgart zeigte selbstbewußte Freidemokraten

Auf ihrem traditionellen Drei-Königs-Treffen in Stuttgart haben sich die Freien Demokraten selbstbewußt und selbstsicher gegeben. Sie wissen von ihrer Bedeutung in der gegenwärtigen Phase deutscher Politik, und ihre Rolle als eigenständiger Faktor hat daher an Wirkungskraft zugenommen. Die Zeiten der Schwächenfälle, der inneren Unsicherheit und lähmenden Rivalitätskämpfe sind vorbei; mit den Austritten von Dr. Mende, Zogemann und anderen hatte sich die Spreu vom Weizen gesondert. Das bekam der Partei eines Theodor Heuß und Thomas Dehler gut. Sie gewann an innerer Kraft und an Selbstvertrauen, und sie hat, progressiv geführt, gute Aussicht, den bevorstehenden Wahlkampf in Baden-Württemberg gut zu bestehen.

Gewiß sind diese Landtagswahlen, die letzten bedeutendsten Wahlen vor der wichtigen Bundestagswahl im Herbst 1973, nicht als Entscheidungstest zu werten, aber niemand kann übersehen, daß auch die großen Aspekte der Bundesrepublik in die Entscheidungen der baden-württembergischen Wähler hineinfließen werden. Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel bietet sich hier als Streitobjekt an. Zumindest will es die CDU so, und sie fordert damit die FDP besonders heraus. Heute weiß jeder Bürger wieder, woran er mit der FDP ist. Er kennt ihren Standort im Ringen der politischen Kräfte. Diese Partei, der wiederholt das nahe Ende vorausgesagt worden war, hat eine erstaunliche Lebenskraft erwiesen, deren Wurzeln im Bündnis mit der Sozialdemokratie ruhen. Die sozialliberale Koalition

in Bonn ist durch den Geist fairer Partnerschaft geprägt. Hier gibt es keine Intrigen und ein Gegenseitigesausspielen, der Stärkere versucht nicht, dem Schwächeren seinen Willen aufzuzwingen, er begegnet ihm vielmehr mit Achtung - eine Erfahrung, die für die FDP neu und ungewohnt ist. In den Jahren, in der sie auf Bundesebene mit der CDU/CSU koalierte, mußte sie viele Demütigungen hinnehmen und erleben, wie ihr damaliger Übermächtiger und selbstherrlicher Koalitionspartner die Partei zu spalten versuchte, um ihr den Todesstoß zu versetzen. Solche trüben Erinnerungen hinterlassen ihre Spuren.

Doch es waren wohl nicht allein diese und andere Erfahrungen aus dem Umgang mit den Unionsparteien, die die FDP zum Wechsel ihrer Partnerschaft bewogen. Die beiden Unionsparteien, eben durch das sozialliberale Bündnis auf die Oppositionsbänke im Bundestag verwiesen, zeigen in dem Zustand, in dem sie sich befinden, immer deutlichere Merkmale von politischer Schwäche. Sie haben noch keinen festen Boden unter den Füßen gefunden. Ihr Blick gilt immer noch mehr dem gestern als dem heute und morgen, und sie erweisen sich damit als unfähig, die drängenden Fragen unserer Zeit brauchbar zu beantworten.

Im Bündnis der sozialliberalen Kräfte, im Bund in den Ländern abgesichert, liegt die Gewähr für eine Politik, die unseren Staat den gesellschaftlichen Fortschritt nach innen und einen fundierten Frieden nach außen sichert. Dieses Bündnis auszubauen und zu stärken, das bleibt die Aufgabe über das Jahr 1973 hinaus. Das Drei-Königs-Treffen der FDP hat dazu klare Aussagen gemacht. (ex/ex/7.1.1972/bgy)

+ - +

Die Union züchtigte sich selbst

Ein vorläufiges Schlußwort zum Fall Kulenkampff - CDU/CSU

Von Fritz Sänger

Mit den Tatsachen haben die Christlich-Demokratische Union und ihr Spitzenreiter in Bayern schon stets im Widerstreit gestanden. Sie lieben es beide nicht, ihnen unangenehme Tatbestände zur Kenntnis zu nehmen und schon gar nicht, sie einer größeren Öffentlichkeit mitzuteilen. Als Hans-Joachim Kulenkampff in seiner Sendung "Guten Abend, Nachbarn" Ergebnisse einer Umfrage über die Haltung der Öffentlichkeit zur Ostpolitik der Bundesregierung nannte, waren diese Zahlen denen nicht unbekannt, die sich mit der Sache ernsthaft befassen. Aber die CDU/CSU tat überrascht, obwohl in ihren Schreibtischen eine andere Umfrage zum gleichen Thema liegen mußte, die nur noch günstiger für die ungeliebte Regierung Brandt/Scheel war.

Jedoch: Es ging nicht um die Zahlen und die positive Aussage für eine Regierung, die man nicht mag, es ging nur darum, daß Fernsehen und Rundfunk nicht tun dürfen, was auch der Presse gern verwehrt werden würde. So liegen die Dinge und damit werden wir uns im neuen Jahre noch häufiger als im alten zu befassen haben. Solange Fernsehen und Rundfunk Millionen an Hörern und Zuschauern haben - und je mehr Sendungen dieses Interesse finden, das Kulenkampff erfreulicherweise hat -, solange werden die CDU und vor alle die CSU aus der Fassung geraten.

Es ist in der Tat heuchlerisch, was da geschieht. Man will nicht wahrhaben, was ist, und man wollte es über zwei Jahrzehnte in der eigenen Regierungskunst nicht wahrhaben, was unausweichlich war: Die Verpflichtung der Bundesrepublik, die Folgen des vom unbelehrbaren Konservatismus angezettelten und dann verlorenen Krieges auf sich zu nehmen, wie sie auch immer sein mochten.

Für die Publikationsmittel in einem freien Lande kann und darf es keine Grenzen geben, wenn über die Tatsachen berichtet wird. Die Einschaltung, dies aber dürfe nicht in einer Unterhaltungssendung geschehen, ist doch nur ein Tarnversuch. Warum denn gerade dort nicht, wo im Kleide der freundlichen Unterhaltung viel nützliche Lebensweisheit geboten wird, die williger und aufgeschlossener entgegengenommen wird, als in einer ernsthaften Predigt? So ist es, und so sind die Menschen.

Der Einspruch politischer Gruppen gegen unangenehme Aussagen im Fernsehen und Rundfunk ist in jedem Falle dann verdächtigt, in dem es sich um die Wiedergabe von tatsächlichen Geschehnissen handelt. Im Falle Kulenkampff und CDU/CSU braucht man nicht mehr von Verdacht zu sprechen, weil es offen vor jedermanns Augen liegt, daß doch nur die Illusions- und Tauschungspolitik aus fast zwei Jahrzehnten noch so lange wie möglich fortgesetzt werden soll - um zu verbergen, daß man selbst ratlos einer Entwicklung gegenübersteht, die man nicht hatte meistern können, als es Zeit dazu war. Kulenkampff sollte geschlagen werden, aber getroffen wurde die konservative Phantasie- und Mutlosigkeit, die ein ganzes Volk unmündig lassen möchte. Die CDU/CSU züchtigte sich selbst.

Aus diesem Vorgang und anderen, die wir kennen und die wir noch kennenlernen werden, sollte eine kritische Öffentlichkeit lernen, daß auch in der politischen Arbeit mit Redlichkeit und Anstand mehr zu gewinnen ist als mit aufgeblasenem Getue und saurem Moralin

-/3a/7.1.1972/ks

Wir müssen uns ums Wasser kümmern

Umweltschutzrisiken zwingen zu raschen Entschlüssen

Die Trinkwasserversorgung von morgen ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Umweltschutzes in der Bundesrepublik in die Diskussion geraten. Es wird mit Recht der Plan erörtert, die kommunalen Wasserwerke zu größeren Einheiten zusammenzuschließen und die damit verbundenen Neu-Investitionen möglicherweise mit der Finanzhilfe der Länder vornehmen zu lassen, weil die oft hochverschuldeten Kommunen nicht das nötige Geld haben. Die Einschaltung der Bundesländer scheint auch deshalb in stärkerem Maße geboten, weil nun endlich auch auf dem flachen Land jedes der weit verstreuten Gehöfte Anschluß an hygienisch einwandfreies Trinkwasser erhalten sollte.

Im Bundesgebiet gibt es etwa 15.000 Wasserwerke, von denen über zwei Drittel weniger als 50 Millionen Kubikmeter Wasser dem tiefen Grundwasser, den Seen oder den Flüssen entnehmen und aufbereiten. Nur gut 1.200 Wasserwerke liefern mehr als 30 Millionen Kubikmeter je Jahr. Projekte, vornehmlich den nordwestdeutschen Küstenraum mit aufbereitetem Salzwasser und zwar mit Hilfe von Atomenergie zu beliefern, stecken erst in den Kinderschuhen, wenn das Bundeswissenschaftsministerium auch schon die ersten Forschungsaufträge erteilt hat.

Auf absehbare Zeit brauchen Pläne, Trinkwasser z.B. durch riesige Pipelines aus den schwedischen Süßwasser-Seen heranzuführen, noch nicht realisiert zu werden. Den Wasserwerken in der Bundesrepublik stehen jetzt noch aus den natürlichen Niederschlägen jährlich 170 Milliarden Kubikmeter zur Verfügung, wovon erst gut 15 Milliarden jährlich aufbereitet und verbraucht werden. Es geht aber jetzt darum, "gesunde" Reservoirs anzuzapfen und zu großen Versorgungseinheiten zusammenzuschließen.

Die zersplitterten Wasserwerke befinden sich in einer Kostenklemme. Die Kommunen sorgen mit Recht dafür, daß das Allgemeinutrinkwasser nicht in den Sog einer Preisgestaltung gezogen wird, die große Gewinne verspricht. Andererseits müssen aber nunmehr jährlich mindestens 1,2 Milliarden DM für den schnell ansteigenden Wasserverbrauch investiert werden. Die Kosten für eine Wasserversorgungsleistung haben sich in den letzten 30 Jahren verdreifacht.

Durchschnittlich verbraucht jeder Deutsche 125 Liter Trinkwasser je Person und Tag, wobei der Einwohner einer Großstadt heute doppelt so viel wie der in einem kleineren Dorf benötigt. Eine Verdoppelung dieser Rate ist voraussehbar. Aber die Landbevölkerung, die sehr lange und teure Wasserleitungen benötigt, wird dann nicht zu den Spitzenverbrauchern gehören. Hier ist mit besonders teurem und kaum die Investitionskosten deckenden Wasserabsatz zu rechnen.

Es scheint an der Zeit zu sein, daß die einzelnen Bundesländer sich stärker als bisher um Generalwasserversorgungspläne kümmern und Investitionen von dem Zusammenschluß zu größeren Wasserversorgungseinheiten abhängig machen. Das ganze muß man rationell und schnell in den Griff bekommen. Gute Vorräte an natürlichem Wasser müssen stärker als früher von großen Wasserversorgungsverbänden angezapft und auch dem letzten Bewohner auf dem flachen Land preiswert angeboten werden.

(cc. ex/7.1.1972. bgy)

Mao-chinesische Sportoffensive 1972

Internationales Olympisches Komitee im Zugzwang

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Ausschusses für Sport und Olympische Spiele

Obwohl die Volksrepublik China nach dem Bruch mit dem IOC von 1958 noch nicht wieder anerkannt worden ist, spielt sie in zunehmendem Maße die sportpolitische Hauptrolle auf der afro-asiatischen Sportbühne. Pekings Slogan "Erst Freundschaft, dann Wettkampf" war im November 1971 so zugkräftig gewesen, daß zu den afro-asiatischen Tischtennis-Freundschafts-Wettkämpfen in Peking Sportler aus 51 Ländern anrückten. Peking nahm diese größte internationale Sportveranstaltung der VR China in den letzten 25 Jahren zum Anlaß dafür, das Geheimnis "Sport in China" erheblich zu lüften.

Eine Analyse der China-Sportpolitik seit der politisch zweckdienlichen Ping-Pong-Offensive mit der USA im April 1971 läßt deutlich erkennen, daß man sich in Peking systematisch bemüht, verlorene Positionen wieder einzunehmen und die Superrolle der "Taiwan-Sportbrüder" zu beenden oder erheblich einzuschränken. Im Internationalen Olympischen Komitee dürfte sich bei der Session anläßlich der Winterspiele im Februar 1972 in Sapporo klären, ob das NOK von Taiwan und dessen Vertreter im IOC, Henry Hsy, weiterhin allein den "China-Sport" vertreten können. Der Brundage-Forderung nach der "offenen Tür" für Peking und der weiteren Anerkennung des Taiwan-NOK stehen die Prinzipien der Volksrepublik China gegenüber, in keinem internationalen Gremium mit Vertretern aus Taiwan zu sitzen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sowohl das Olympische Organisationskomitee in Sapporo als auch der bundesdeutsche Olympia-Präsident, Willi Daume, den Pekingern - unabhängig der de facto ruhenden IOC-Mitgliedschaft - Geferten mit freundschaftlichen Akzenten gemacht haben.

"Beobachter-Delegationen" der Volksrepublik China bei den Olympischen Spielen in Sapporo und München sind durchaus möglich. Sportpolitisch beginnt das Jahr 1972 für die Bundesrepublik ebenfalls mit einem "Crusé aus China". Was noch vor wenigen Monaten als unmöglich angesehen wurde, ist jetzt schon Realität: In den ersten Januartagen spielen Tischtennis-Teams der Volksrepublik China in der Bundesrepublik.

Für den bundesdeutschen Sport und die Sportpolitik sollte dies ein deutlicher Fingerzeig sein. Es scheint, daß die Volksrepublik China im olympischen Jahr 1972 nicht nur zweiter Sieger bleibt.

(-/ ex/7.1.1972/bgy)